

Nr. 2**Rubinat gegen Italien**

Urteil vom 12. Februar 1985 (Kammer)

Ausgefertigt in französischer und englischer Sprache, die gleichermaßen verbindlich sind, veröffentlicht in *Série A / Series A* Nr. 89.

Beschwerde Nr. 9317/81, eingelegt am 21. Juli 1978; am 18. Juli 1983 von der Kommission vor den EGMR gebracht.

EMRK: Faires Verfahren – Recht des Angeklagten auf Anwesenheit in der Hauptverhandlung, Art. 6 Abs. 1; Gerichtshof als Garant der Einhaltung der Konventionsgarantien, hier: bei Streichung eines Falles, Art. 19 (Art. 19 n.F.).

VerfO-EGMR: Streichung einer Beschwerde im Register des Gerichtshofs, Art. 48 Abs. 2 (Text s.u., S. 13, Ziff. 14).

Innerstaatliches Recht: Verfahren „in Abwesenheit“ (in contumacia) des Angeklagten, Art. 497-501 StPO.

Ergebnis: Fall hat isoliert betrachtet grundsätzliche Bedeutung, dennoch auf Antrag der Regierung Streichung im Register, weil die materiell-rechtlichen Fragen im Fall Colozza, EGMR-E 3, 1, geklärt wurden.

Sondervoten: Keine.

Zum Verfahren:

Die *Europäische Menschenrechtskommission* gelangt in ihrem abschließenden Bericht (Art. 31 EMRK) vom 5. Mai 1983 einstimmig zu dem Ergebnis, dass eine Verletzung von Art. 6 Abs. 1 vorliegt.

Auf eine *öffentliche mündliche Verhandlung* hat der Gerichtshof mit Beschluss vom 22. Januar 1985 verzichtet.

Sachverhalt:

(Zusammenfassung)

I. Die Umstände des Falles

[7.] Der Beschwerdeführer (Bf.) Pedro Rubinat ist ein im Jahre 1933 geborener spanischer Seemann. Bei einem Streit am 27. April 1972 in Genua verletzte er einen Seemann aus Nicaragua tödlich; anschließend ging er ins Ausland.

Die italienischen Behörden erließen einen Haftbefehl. Da der Bf. nicht aufzufinden war, erstellte die Polizei am 23. Mai 1972 einen Bericht über ihre erfolglose Suche (*vane ricerche*). Der Bf. wurde daraufhin als „untergetaucht“ (*latitante*) behandelt, d.h., als eine Person, die sich absichtlich der Vollstreckung eines gerichtlichen Haftbefehls entzieht (Art. 268 StPO).

II. Das Verfahren vor den italienischen Gerichten

[8.] Am 25. November 1974 verurteilte das Schwurgericht Genua den Bf. nach einer in dessen Abwesenheit durchgeführten Verhandlung (in contumacia, Art. 497-501 StPO) wegen Totschlags zu einer Freiheitsstrafe von 21 Jahren. Gemäß der auf einen nicht erschienenen Angeklagten anwendbaren Vorschrift (Art. 173 StPO), hatte das Gericht die Ladung in der Kanzlei hinterlegt und so dem von Amts wegen bestellten Verteidiger zur Kenntnis gebracht.

[9.] Dieser legte Rechtsmittel beim Appellationsschwurgericht Genua ein, das das angefochtene Urteil jedoch am 28. Mai 1976 bestätigte. Der Verteidiger rief daraufhin den Kassationshof an.

[10.] Am 29. Oktober 1976 wurde der Bf. in Frankreich im Rahmen dortiger Strafverfolgungsmaßnahmen verhaftet. Auf Antrag der italienischen Behörden erfolgte seine Auslieferung am 27. Mai 1977 formlos, da der Bf. sich einverstanden erklärt hatte. Es ist nicht bekannt, ob er sich damals bewusst war, dass über die Sache bereits in erster und in der Berufungsinstanz entschieden worden war. Später brachte der Bf. vor, mit der Möglichkeit gerechnet zu haben, seine Darstellung der Geschehnisse einem Gericht vortragen zu können. Beim Verlassen Genuas sei ihm nicht bewusst gewesen, den Seemann tödlich verwundet zu haben.

[11.] Bei seiner Ankunft in Italien bestellte der Bf. zwei Verteidiger, es war ihm möglich, Akteneinsicht zu nehmen und den Kassationshof anzurufen, der den Antrag des Bf. aus Rechtsgründen am 4. Juli 1978 zurückwies. Der Bf. erhob daraufhin eine Verfahrensrüge (*incidente d'esecuzione*) und beantragte Wiederaufnahme des Verfahrens. Diese Anträge wurden vom Appellationsgericht Genua und vom Kassationshof am 20. November 1979 bzw. 29. Januar 1981 zurückgewiesen.

III. Das Verfahren vor Kommission und Gerichtshof

[1., 12., 13.] In seiner Beschwerde an die Kommission vom 21. Juli 1978 machte der Bf. eine Verletzung von Art. 6 mit der Rüge geltend, ihm sei ein faires Verfahren vorenthalten worden. Nachdem die Kommission dieses Verfahren mit dem Verfahren *Colozza* (s.o. S. 1) verbunden hatte, erklärte sie am 9. Juli 1982 die Beschwerde *Rubinat* für zulässig und stellte in ihrem Bericht vom 5. Mai 1983 einstimmig die Verletzung von Art. 6 Abs. 1 fest.

Am 12. Mai 1983 wurde der Bf. durch den italienischen Staatspräsidenten begnadigt und aus der Strafhaft entlassen. Der Bf. ging danach ins Ausland, ohne eine Anschrift zu hinterlassen. Der Verfahrensbevollmächtigte der italienischen Regierung beantragte daraufhin die Streichung des Verfahrens im Register.

Auch nachdem die Kommission am 18. Juli 1983 den Fall vor den Gerichtshof gebracht hatte, konnte die Anschrift des Bf. trotz erheblicher Bemühungen der Kanzlei des Gerichtshofs nicht ermittelt werden.

[4.-6.] Der Gerichtshof hat dann entschieden, dass der Bf. – unter Vorbehalt – so zu behandeln ist, als habe er kein Interesse mehr an der Teilnahme am Verfahren. Im Hinblick auf den Streichungsantrag der Regierung erklärte der Delegierte der Kommission, eine mögliche Streichung des Falles aus dem Register sollte jedoch nicht vor der mündlichen Verhandlung im Fall *Colozza* erfolgen.

Am 26. September 1984 trennte der Gerichtshof die Verfahren *Colozza* und *Rubinat*. Am 22. Januar 1985 entschied der Gerichtshof gem. Art. 26 VerFO-EGMR, auf eine mündliche Verhandlung im Fall *Rubinat* zu verzichten.

Entscheidungsgründe:

(Übersetzung)

14. Die Regierung stützt ihren Antrag, den Fall aus dem Register zu streichen, auf die dem Bf. gewährte Begnadigung vom 12. Mai 1983 durch den Präsidenten der Republik, als dessen Folge er aus dem Gefängnis entlassen worden war. Die Regierung beruft sich auf Art. 48 Abs. 2 VerFO-EGMR, der wie folgt lautet:

„Wenn die Kammer von einer gütlichen Einigung, einer Vereinbarung oder einer sonstigen Tatsache Kenntnis erlangt, die ihrer Natur nach zu einer Lösung des Streitfalles führt, kann sie gegebenenfalls nach Rückfrage bei dem Delegierten der Kommission und dem Bf. den Fall im Register streichen.“

Der Gerichtshof hat zwar den Delegierten der Kommission, jedoch nicht den Bf. hören können, da seine gegenwärtige Anschrift nicht bekannt ist (s.o. Ziff. 4, 5 und 12).

15. Wie der Delegierte der Kommission darlegt hat, gibt es im vorliegenden Fall keine gütliche Einigung und keine Vereinbarung. Die dem Bf. gewährte Begnadigung ist eine einseitige Maßnahme, selbst wenn ihr bestimmte Verhandlungen vorausgegangen sein sollten (siehe u.a. *Guzzardi*, Urteil vom 6. November 1980, Série A Nr. 39, S. 30, Ziff. 85, EGMR-E 1, 501 f.).

Auf der anderen Seite bestehen gewichtige Gründe für die Annahme, dass es sich hier um eine „Tatsache handelt, die geeignet ist, eine Lösung des Streitfalles herbeizuführen“. Der Bf. wurde lange vor Ablauf seiner Freiheitsstrafe von 21 Jahren entlassen, die das Geschworenengericht Genua am 25. November 1974 verhängt und die das Appellationsschwurgericht Genua am 28. Mai 1976 bestätigt hatte (s.o. Ziff. 8-10). Sein anhaltendes Schweigen seitdem scheint, wenn es schon nicht als stillschweigende Rücknahme des Verfahrens anzusehen ist – da der Bf. genaugenommen nicht die Stellung einer Partei im Verfahren vor dem Gerichtshof hat (siehe u.a. *Tyrer*, Urteil vom 25. April 1978, Série A Nr. 26, S. 13, Ziff. 25, EGMR-E 1, 271) – wenigstens den Willen widerzuspiegeln, nach Erreichung des angestrebten Ziels künftig an dem Verfahren nicht mehr beteiligt zu sein.

16. Es trifft zu, dass der vorliegende Fall, isoliert betrachtet, eine grundsätzliche Bedeutung aufweist, die über die Person und die Interessen des Bf. hinausreicht (siehe *Deweer*, Urteil vom 27. Februar 1980, Série A Nr. 35, S. 20, Ziff. 38, EGMR-E 1, 470). Der Gerichtshof könnte daher im Hinblick auf seine Verpflichtungen aus Art. 19 der Konvention, mit der Behandlung des Falles ohne Rücksicht auf die oben erwähnte „Tatsache“ fortfahren (Art. 48 Abs. 4 VerfO-EGMR). Er sieht hingegen keinen zwingenden Grund, in dieser Weise zu verfahren und dem Antrag der Regierung nicht stattzugeben. In einem Urteil vom heutigen Tage hat der Gerichtshof die entsprechenden, im Fall *Colozza* aufgeworfenen, Rechtsfragen bereits entschieden und auf diese Weise die Reichweite der von den Vertragsstaaten auf diesem Gebiet eingegangenen Verpflichtungen verdeutlicht.

17. Folglich ist der Fall *Rubinat* aus dem Register zu streichen. Der Gerichtshof behält sich allerdings vor, ihn wieder aufzunehmen, sollten sich neue Umstände ergeben, die eine solche Maßnahme rechtfertigen.

Aus diesen Gründen und unter dem genannten Vorbehalt entscheidet der Gerichtshof einstimmig,

den Fall im Register zu streichen.

Zusammensetzung des Gerichtshofs (Kammer): die Richter Wiarda, *Präsident* (Niederländer), Cremona (Malteser), Thór Vilhjálmsson (Isländer), García de Enterría (Spanier), Pettiti (Franzose), Russo (Italiener), Gersing (Däne); *Kanzler:* Eissen (Franzose); *Vize-Kanzler:* Petzold (Deutscher)